

Nimm die Hand aus meiner Tasche!



Unsere örtlichen
Handwerker schützen!

NEIN zur Änderung
der Kommunalverfassung!

5 Platzeck-Regierung führt Staatswirtschaft wieder ein!

Gründe, warum wir die Änderung der Kommunalverfassung ablehnen:

Unfairer Wettbewerb:

Im Gegensatz zu Handwerk und Mittelstand hat die Staatswirtschaft Vorteile bei der Besteuerung (keine 19% Mehrwertsteuerpflicht) sowie bei der Finanzierung von Investitionen. Folge ist: Sie bieten ihre Leistungen regelmäßig günstiger an und verdrängen somit Brandenburger Unternehmen unfair vom Markt.

Steuererhöhungen:

Arbeitet ein kommunales Unternehmen nicht wirtschaftlich, steht die Kommune und der Steuerzahler für Verluste ein. Das wirtschaftliche Risiko der Staatswirtschaft trägt also der Bürger. Die Konsequenz sind dann wachsende Schulden der Kommune bzw. Steuer- oder Gebührenerhöhungen für die Bürger.

Arbeitsplatzvernichtung:

Die geplante Änderung befördert die Staatswirtschaft besonders in Bereichen, in denen es bereits viele private Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen gibt. Brandenburger Unternehmen werden vom Markt verdrängt und die Arbeitsplätze der Mitarbeiter werden vernichtet.

Sinkende Steuereinnahmen:

Märkische Handwerker und Mittelständler zahlen Steuern an unsere Kommunen, die der Gemeinschaft zugute kommen. Werden sie jedoch durch die Staatswirtschaft unfair vom Markt verdrängt, sinken oder entfallen diese Einnahmen und die eigentlichen staatlichen Aufgaben können nicht mehr bezahlt werden.

Überhöhte Gebühren:

In der Staatswirtschaft werden dauerhafte Verluste aus Schwimmbädern o.ä. oft mit Überschüssen aus gewinnträchtigen Ver- und Entsorgungsunternehmen verrechnet. Damit entziehen sich kommunale Unternehmen auf der einen Seite der Besteuerung. Andererseits sind die Gebühren nicht transparent, denn die tatsächlichen Kosten der Dienstleistung werden nicht offen gelegt. Brandenburger müssen daher oft überhöhte Gebühren zum Beispiel für die Müllentsorgung zahlen.

NEIN zur Änderung der Kommunalverfassung!